

Komplementärmedizin Felix Gutzwiller wehrt sich fast im Alleingang gegen Verfassungsartikel

# «Nur weil es guttut, reicht nicht»

FDP-Ständerat und Präventivmediziner Gutzwiller hält als einer der wenigen Politiker, ausser jenen der SVP, nichts vom Artikel zur Alternativmedizin, über den am 17. Mai abgestimmt wird.

Interview Marcello Odermatt



**Felix Gutzwiller, was raten Sie dem, der regelmässig Kopfschmerzen hat?**

Ich würde ihm ein einfaches Kopfwahltablettchen empfehlen. Wenn es chronisch ist, müsste man genauere Abklärungen machen.

**Als Gegner des Verfassungsartikels zur Komplementärmedizin setzen Sie also ganz auf die Schulmedizin und pharmazeutische Medikamente?**

Überhaupt nicht. Mich interessieren alle Medizinsysteme, auch die alternativen, die fernöstlichen, Ayurveda. Ich bin sicher, dass man von allen etwas lernen kann. Aber darum geht es nicht.

**Sondern?**

Das Prinzip, alles, was guttut, soll auch bezahlt werden, reicht nicht. Es braucht klare Kriterien, was über die Grundversicherung bezahlt wird und was nicht. Das sind die Kriterien wirksam, wirtschaftlich und zweckmässig.

**Stellen Sie die Wirksamkeit der Komplementärmedizin generell in Frage?**

Gemäss der Mehrheitsmeinung von verschiedensten Analysen sind nicht alle alternativen Methoden wirksam. Gewisse sind es. Die Akupunktur etwa für gewisse Indikationen hat gute Wirk-

samkeitsnachweise. Wenn andere Methoden Wirksamkeitsnachweise haben, dann sollen sie ihre Chance bekommen.

**Auf Ebene der Schulmedizin?**

Durchaus. Wirksame alternative Methoden könnten in die Grundversicherung aufgenommen werden, die Akupunktur ist ja teils drin, gewisse schulmedizinische Methoden hingegen könnte man rausnehmen. Schätzungen zufolge sind 10 bis 15 Prozent der heutigen Behandlungen Leistungen, die nicht über die Grundversorgung finanziert werden sollten. Prinzipiell sollten konsequent nur Mittel in die Grundversicherung aufgenommen werden, die nachweislich Leistung erbringen.

**Es ist nur ein Verfassungsartikel. Man könnte das Ganze getrost laufen lassen.**

Ja sicher. Das Thema gehört nicht zu den gravierendsten Problemen unseres Landes. Gleichwohl: Es ist schon skurril, dass wir nach 150 Jahren ausgerechnet die Komplementärmedizin in der Verfassung verankern wollen, ohne dass die Schulmedizin erwähnt wird.

**Welche Auswirkungen auf die Grundversorgung befürchten Sie?**

Die Initianten fordern, mehr alternative Methoden in die Grundversicherung aufzunehmen. Daher muss man heute schon darauf hinweisen, dass Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitskriterien stringenter umgesetzt werden. Man muss transparente Kriterien haben, die über die Wirksamkeit der Methode klar Auskunft geben können. Und das ist beim grössten Teil der alternativen Methoden heute nicht der Fall.

**Aber finanziell würden diese Methoden die Versicherung nicht gross belasten.**

Das stimmt. Das Kostenargument ist für mich nicht das Entscheidende. Doch das ist ja ein Grund dafür, dass man sie für ein paar wenige Franken mehr in der Zusatzversicherung haben könnte. Die



«Prinzipiell sollten nur Mittel in die Grundversicherung aufgenommen werden, die nachweislich Leistung erbringen», sagt Felix Gutzwiller. (key)

Frage ist allerdings noch, was käme abgesehen von den Methoden sonst noch auf das Gesundheitswesen zu.

**Was meinen Sie?**

Die Initianten fordern, dass nicht-ärztliche Praktiker künftig Anspruch haben auf eine anerkannte eidgenössische Ausbildung. Doch wer sind diese Prakti-

ker? Es gibt mindestens 20 bis 25 diverse Schulen. Warum sollen sie staatlich organisiert werden und nicht via Selbstregulierung? Was heisst staatliche Anerkennung für die Qualitätssicherung? Und sollte man sie dereinst anerkennen, dann wird sicher die Diskussion losgehen, inwiefern dies durch die Grundversicherung finanziert werden muss.

Kinderbetreuung Ausbau der Mutterschaftsversicherung wird erneut zum Thema

## Der Elternschaftsurlaub verläuft im Sand

Politiker aus allen Parteien fordern einen Vaterschaftsurlaub. Doch der Bund tritt auf die Bremse. Zudem fehlt ein klarer politischer Wille.

Marcello Odermatt, Bern

Sollen Väter gesetzlichen Anspruch erhalten, nach der Geburt ihres Kindes Urlaub zu bekommen? Allenfalls gar bezahlt? Bisher wird der Vaterschaftsurlaub privatrechtlich je nach Unternehmen, einmal grosszügiger, einmal mickriger, geregelt. Deshalb diskutieren Bundespolitiker seit Jahren immer wieder über einen gesetzlich verankerten Vaterschaftsurlaub. Doch bisher scheiterten im Parlament sämtliche Anläufe. Vor zwei Jahren stimmte der Nationalrat zwar einer Motion der SP zu, doch der Ständerat lehnte den Vorstoss ab. Eine parlamentarische Initiative der Grünen hatte im letzten Dezember auch im Nationalrat keine Chance mehr. Und der Versuch von SVP-Nationalrat Oskar Freysinger (VS), den 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub kostenneutral als Elternschaftsurlaub zu definieren, so dass Eltern die Wochen selbst aufteilen können, wurde eben erst abgeschrieben.

Doch die Politiker bleiben hart. Aktiv wurde CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) mit einem Postulat. Sie schlägt drei Modelle vor, mit denen es Eltern ermöglicht werden soll, den Mutterschaftsurlaub unter sich auf-

zuteilen. Dabei soll die Mutter das vorgeschriebene Arbeitsverbot einhalten (acht Wochen). Die restlichen Wochen, im ersten Fall neu gar acht, im zweiten Fall wie bisher sechs, sollen Väter und Mütter aufteilen. In eine ähnliche Richtung geht FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold (GE), der einen zweiwöchigen, frei zu verteilenden Elternschaftsurlaub als Ergänzung zum Mutterschaftsurlaub fordert. In allen Fällen würde die Mutterschaftsversicherung dafür aufkommen, wobei die bürgerlichen Vertreter im Gegensatz zu den Linken auf eine

kostenneutrale Lösung setzen. Schmid-Federer schlägt daher auch einen unbezahlten Urlaub via Arbeitsrecht vor.

**Bundesrat warnt vor Kosten**

Doch trotz überparteilichem Druck: Die Aussichten für berufstätige Väter, die ihre Säuglinge einige Wochen bezahlt betreuen wollen, stehen schlecht. Bei den Bürgerlichen gehen die Meinungen total namhafter Befürworter weit auseinander. Und beim federführenden Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) von Bundesrat Pascal Couchepin will man par-

tout nichts wissen davon. Der Bundesrat ist einzig bereit, die unbezahlte Minimalvariante zu prüfen. Doch ein Ausbau der Mutterschaftsversicherung komme nicht in Frage, sagt Mario Christoffel vom BSV. Denn: «Eine kostenneutrale Lösung ist gar nicht möglich.» Weil Männer immer noch höhere Löhne hätten und meist einen höheren Beschäftigungsgrad, würde die Aufteilung der Mutterschaftsversicherung auf Frau und Mann so oder so zu Mehrausgaben führen. Der Bundesrat sei der Meinung, der Vaterschaftsurlaub sei zwischen den Sozialpartnern auf privater Ebene zu lösen, wie dies in einigen Firmen bereits der Fall ist.

**Mutterschaftsversicherung sichern**

Zudem, so Christoffel: «Aus sozialpolitischer Sicht gibt es dringlichere Probleme als den Vaterschaftsurlaub.» Es sei ohnehin wichtiger, die seit Juli 2005 existierende, via Erwerbsersatzordnung finanzierte Mutterschaftsversicherung längerfristig zu sichern. Diese sei und bleibe zwar stabil, so Christoffel. Doch würde das System ausgebaut, käme sie in Bedrängnis. Bereits heute nimmt die Versicherung weniger ein, als sie ausgibt. Die Ausgaben betragen jährlich rund 1,3 Milliarden, eingenommen wird aber weniger als eine Milliarde. Die Lücke wird über einen Fonds gedeckt, der einst mit zwei Milliarden geäufnet war. Sobald auch dieser ausgetrocknet ist, wird der Bundesrat die Beiträge für die Erwerbsersatzordnung erhöhen. Dies kann er im Alleingang auf Verordnungsebene tun. Und dies wird laut Christoffel sicher 2011 nötig werden.



Die Aussichten für berufstätige Männer, die ihre Säuglinge einige Wochen bezahlt betreuen wollen, stehen derzeit schlecht. (ap)

Lausanner Metro

## Erste Bilanz fällt positiv aus

Die grössten Probleme, mit denen die Lausanner Metro M2 in den ersten Betriebsmonaten zu kämpfen hatte, sind überwunden.

Nach einem halben Jahr Betrieb haben die Verantwortlichen der Lausanner Metro gestern eine positive Bilanz gezogen. Die Anfälligkeit für Betriebsstörungen konnte deutlich reduziert werden, wie die Lausanner Verkehrsbetriebe (TL) gestern vor den Medien erklärten. Zuletzt, in der Osterwoche, erreichte die steilste Metro Europas eine Zuverlässigkeit von 99,97 Prozent. In den ersten Monaten hatte dieser Wert zeitweise bei weniger als 97 Prozent gelegen. Mehrmals stand die Bahn mehrere Stunden still. Teilweise mussten die Passagiere aus den Tunneln evakuieren.

**Technische Schwierigkeiten**

Grund für die Pannen waren technische Schwierigkeiten bei der Übermittlung der Zugdaten. Da die Lausanner Metro vollautomatisch – das heisst ohne Fahrpersonal – fährt, spielen Informatik und Elektronik eine entscheidende Rolle für den störungsfreien Betrieb. Laut TL-Direktor Michel Joye sind die meisten dieser Probleme nun behoben. Unzufrieden ist er noch mit der Fahrgastinformation. Die Leuchtanzeigen mit den Angaben zu den nächsten Verbindungen funktionieren noch nicht zuverlässig.

Ansonsten herrscht jedoch eitel Freude. Nächste Woche wird die Metro bereits über zehn Millionen Passagiere befördert haben. Damit liegt das Passagieraufkommen über den Erwartungen. Im Tagesschnitt nutzen zurzeit 71 200 Personen die Metro. Laut einer Umfrage sind 80 Prozent von ihnen zufrieden mit dem neuen Transportmittel. (sda)

Milchmarkt

## Migros-Chef Bolliger erzürnt die Bauern

Die Neuordnung des Milchmarkts geht nicht ohne Nebengeräusche ab: Nachdem Migros-Chef Herbert Bolliger im Zusammenhang mit dem Milchproduzentenverband von einem «Betonklotz» gesprochen hatte, bekommt die Migros nun den Zorn der Bauern zu spüren. Die Organisatoren des Eidgenössischen Jodlerfests 2011 haben dem Grossverteiler einen Korb gegeben, wie Co-Präsident und alt Nationalrat Hanspeter Seiler gegenüber dem «Schweizer Bauern» vom Mittwoch sagte. Migros und Coop hätten sich mit gleich guten Offerten um das Sponsoring des Anlasses bemüht. Nachdem er das fragliche Interview mit Bolliger gelesen habe, sei für ihn klar gewesen, dass die «Migros unter diesen Umständen kaum mehr als Sponsoringpartner in Frage kommt», sagte der Berner SVP-Politiker. (sda)

OECD-Steuertreffen

## Leuthard verweist auf Finanzdepartement

Nach Ansicht von Bundesrätin Doris Leuthard wäre es Sache des Finanzdepartements gewesen, am OECD-Steuertreffen vom Oktober 2008 teilzunehmen. Die Finanzminister der OECD seien zu diesem Treffen eingeladen gewesen.

Leuthard wies gestern gegenüber dem Westschweizer Radio RSR Kritiken zurück, die ihr angekreidet hatten, nicht am Treffen teilgenommen zu haben. Zum Treffen seien die Finanzminister eingeladen gewesen, und das Finanzdepartement von Hans-Rudolf Merz habe auf eine Anmeldung verzichtet.

Die Volkswirtschaftsministerin bekräftigte zudem ihre Kritik an OECD-Generalsekretär Angel Gurría. Dieser habe nicht wirklich gesagt, dass er eine schwarze oder graue Liste von Steuerparadiesen publizieren werde. (sda)